

Dieses Budget gefährdet unser Klima!

Anja D., Studentin, besitzt zwar kein Auto, bezahlt aber auch Steuern für Autobahnen, Klimaschutz-Zertifikate und Ökostrom-Ausbau. Anja D. wohnt in einer kleinen Altbauwohnung – in einem Haus, das schlecht saniert ist und dessen Fenster veraltet sind. Dementsprechend hoch sind ihre Heiz- und Stromkosten, die sie mit ihrem spärlichen Einkommen aus ihrem Teilzeitjob empfindlich treffen. Gleichzeitig werden die Tarife für den öffentlichen Verkehr erhöht, was ihre Fixkosten weiter in die Höhe treibt.

Österreich hat sich in einem völkerrechtlichen Vertrag – dem sogenannten Kyoto-Protokoll – zu Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet. Von 79 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 1990 sollte Österreich seinen CO₂-Ausstoß im Zeitraum von 2008 bis 2012 auf 68,8 Millionen Tonnen CO₂ absenken. Erfüllt Österreich diese Zielvorgabe durch Klimaschutzmaßnahmen im Inland nicht, müssen Zertifikate aus dem Ausland zugekauft werden, um die Klimabilanz zu verbessern. Da Österreich von diesen Klimaschutz-Zielen weit entfernt bleibt, muss hier mit Steuergeldern in der Höhe 0,5 bis 1 Milliarde Euro gezahlt werden. Der größte Anteil des nationalen CO₂-Ausstoßes kommt aus den Bereichen Verkehr und Industrie. Das Problem ist aber auch nach 2012 nicht gelöst, denn es ist davon auszugehen, dass weitere Klimaschutzabkommen zustande kommen werden. Solange Österreich keine Klimaschutzmaßnahmen im Inland durchführt, entfernt es sich mit seinem steigenden oder bestenfalls stagnierenden CO₂-Ausstoß von den immer strengeren Klimaschutz-Zielen und wird in der Folge eine immer größere Summe an Geld für die Zertifikatszukäufe im Ausland benötigen. Trotzdem passiert bis heute kaum Klimaschutz in Österreich.

Das frühere Umweltmusterland Österreich muss im Klimaschutz wieder den Anschluss an den europäischen Durchschnitt finden. Konkrete Schritte in diese Richtung wären z.B. Investitionen in die thermische Sanierung mit einer Sanierungsrate von 3 Prozent in den kommenden Jahren. Richtig eingesetzt können damit auch die Energie- und Heizkosten der unteren Einkommensschichten gesenkt werden. Gleichzeitig, rechnet das WIFO vor, haben Investitionen in diesem Bereich einen starken Impact am Arbeitsmarkt. Doppelt so viele Arbeitsplätze wie im Straßenbau können durch diese Maßnahmen geschaffen werden. Mit Investitionen in den Ausbau des Ökostromanteils kann der Ausstieg Österreichs aus der Kohlekraft in wenigen Jahren vollzogen werden und reduziert damit den nationalen CO₂-Ausstoß um knapp 10 Prozent. Gleichzeitig ist die Fördermenge für den Ökostromausbau sehr niedrig gedeckelt. Die Kosten für den Ausbau des Ökostroms sind darüber hinaus ungerecht verteilt und liegen zum Großteil bei den privaten Haushalten, während Industrie und produzierendes Gewerbe hier billig davon kommen.

Es braucht ein Budget, das unser Klima sichert!

Soziale Gerechtigkeit muss in einem Steuersystem über vermögensbezogene Steuern geschehen. Gleichzeitig braucht es auch eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems. Der direkte Vergleich mit anderen europäischen Staaten macht

deutlich, dass Ökosteuern in Österreich über ein zusätzliches Ausbaupotential verfügen. Eine umfassenden Ökosteuer-Reform dient zur Entlastung des Faktors Arbeit und zur Belastung der fossilen (+ Atom-) Energiekosten. Haushalte mit niedrigen Einkommen müssen beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger, energiesparsame Geräte und Heizsysteme vom Staat unterstützt werden.